

Liebe:r Leser:in,

selten blicken wir so auf ein Jahr zurück, wie 2020. Neben der Corona-Pandemie, die uns alle mehr oder weniger in unserem Alltag begleitet, sind weitere nennenswerte Dinge geschehen, die wir uns in diesem Newsletter näher anschauen wollen.

Wer von Ihnen Lust auf den Online-Adventskalender der Flüchtlingshilfe Lippe hat, kann ab dem 1. Dezember jeden Tag ein Türchen unter <http://www.adventos.com/destinatarios-publico.php?codigo=36243-7645> öffnen.

Wir wünschen allen Mitmenschen entspannte Tage und einen guten Start in das Jahr 2021.

Ihre Flüchtlingshilfe Lippe e.V.

Inhalt dieser Ausgabe:

Einleitung	Seite 01
Rückblick auf das Jahr 2020	Seite 02
Ringeln um Muntaris Rückkehr nach Deutschland	Seite 06
Nach rassistischen Brandanschlag: Sammelunterkünfte schließen!	Seite 07
Ehrenamt bei der Flüchtlingshilfe Lippe e.V.	Seite 08
Rede auf der Demo zum Brand im Lager Moria	Seite 08
Postkarte designt	Seite 11
Forderungen Seebrücke Detmold vom 26.06.2020	Seite 11



Rückblick auf das Jahr 2020

Jennifer Banke | Flüchtlingshilfe Lippe e.V.

Der folgende Artikel soll der Versuch sein, die gesellschaftlichen und politischen Prozesse mit denen in unserem Verein zusammenzubringen. Denn alles was in unserer Gesellschaft verhandelt wird, wirkt sich letztlich auch auf unsere Arbeit aus.

Das Jahr 2019 endet für den in Cappel lebenden **Muntari Adam** und alle die ihn kennenlernen durften mit einem Schock. Im November schiebt die Ausländerbehörde Lippe ihn nach Ghana ab. Dort verlor er Weihnachten 2002 in seinem Heimatdorf Yendi bei einem Massaker seine gesamte Familie. Nachdem er einige Jahre im Kirchenasyl verbrachte, fand er in der Kirchengemeinde Cappel ein neues Zuhause. Die Entscheidung der Härtefallkommission NRW Muntari nicht abzuschieben, wurde von der Ausländerbehörde pflichtbewusst ignoriert. Im **Newsletter Ausgabe 12** können Sie einen Artikel lesen, indem Muntari Adam nach seiner Abschiebung in Ghana interviewt wurde.

Im **Januar** wird die **prekäre Situation von umF (unbegleitet minderjährige Flüchtlinge) auf griechischen Inseln** endlich in den Medien thematisiert. Ein Umstand der schon länger bekannt ist. In Deutschland wird die Kampagne **#Wir haben Platz** ins Leben gerufen und an die Politik appelliert zumindest Kinder und Jugendliche aus den griechischen Lagern nach Deutschland zu holen, um ihnen ihr Recht auf ein gutes Leben zu ermöglichen. Viele Kommunen im gesamten Bundesgebiet äußern ihre Bereitschaft umFs aufnehmen zu wollen. Auch diverse Bundesländer zeigen sich offen für diesen Vorstoß. Nur Herr Seehofer macht allen einen Strich durch die Rechnung. Während viele Menschen sich kopfschüttelnd über die Zuständigkeiten von Bund und Länder Gedanken machen, ereignet sich am **19. Februar 2020** in der hessischen Stadt **Hanau** ein **rechtsterroristischer Anschlag** bei dem zehn Menschen ermordet werden. Tobias Rathjen (Jahrgang 1977) erschießt acht Männer und eine Frau mit einem vermeintlichen Migrationshintergrund, die zwischen 20 und 37 Jahre alt waren, sowie seine 72-jährige Mutter und sich selbst. Sein antisemitisch, rassistisch, islamfeindliches und antifeministisches Weltbild durchzogen von Verschwörungstheorien, liefern ihm Anlass genug für diese Tat.

Die Namen der Opfer lauten:

Ferhat Unvar (23 Jahre), Mercedes Kierpacz (35 Jahre), Sedat Gürbüz (30 Jahre), Gökhan Gültekin (37 Jahre), Hamza Kurtović (20 Jahre), Kaloyan Velkov (33 Jahre), Vili Viorel Paun (23 Jahre), Said Nesar Hashemi (21 Jahre), Fatih Saraçoğlu (34 Jahre), Gabriele Rathjen (72 Jahre)

Ironischerweise ist dieses Datum auch die Geburtsstunde der **Spendeninitiative Flüchtlingshilfe Lippe**. Ziel der Initiative ist es das Spendenaufkommen zu erhöhen und die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen zu entlasten. Diese sind neben der eigentlichen Beratungsarbeit auch häufig mit der Frage konfrontiert, wie ihre wichtige Arbeit weiterfinanziert werden kann. Um finanziell unabhängiger zu werden, versucht die Spendeninitiative durch gezielte Spendenkampagnen Geld zu sammeln. Falls Sie Interesse an einer Mitarbeit oder eine gute Spendenidee haben sollten, melden Sie sich gerne unter spendeninitiative@fluechtlingshilfe-lippe.de

Kurz darauf im **März** kommt es zu Gewalt gegen Geflüchtete an der **türkisch-griechischen Grenze**. Die Türkei öffnet ihre Grenze und ermöglicht tausenden Geflüchteten die Weiterreise nach Griechenland. Gleichzeitig mobilisiert Griechenland bewaffnete Grenzbeamten, um die Geflüchteten wieder zurück in die Türkei zu drängen. Die Türkei befiehlt daraufhin tausende Soldaten an die Grenze, um die Menschen daran zu hindern wieder zurück zu den Lagern auf türkischen Boden zu gelangen. Die EU verurteilt das Vorgehen der Türkei, da diese sich nicht weiter an den EU-Türkei-Deal halte, der verhindern soll, dass Geflüchtete über die Türkei in die EU gelangen. Als weitere Maßnahme fließen Millionen von Euro unbürokratisch an den griechischen Staat, zum sog. Schutz der EU-Außengrenzen. Das Recht auf Asyl in der EU wird somit faktisch ausgehebelt. Dazu berichteten wir ausführlich in der **Ausgabe 11 unseres Newsletters**.

Mitte **März** werden bundesweite **Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie** erlassen, die auch uns in unserer Beratungsarbeit bis heute einschränken. Der Lockdown zwang uns Lösungen für die Beratungsarbeit zu finden, die darauf beruhen nach Möglichkeit nicht mehr von Angesicht zu Angesicht zu beraten. Auch der Aufenthalt der einzelnen Mitarbeitenden in unseren Büroräumen ist beschränkt. In etlichen Videokonferenzen entwickeln wir ein Hygi-

enekonzept und besprechen wie unsere Arbeitsabläufe weiter funktionieren können. Dazu wird die telefonische Beratung ausgeweitet, die Möglichkeit einer Online-Beratung geschaffen, Mitarbeiter:innen ins Homeoffice geschickt, Vorkehrungen getroffen, um das Hygienekonzept umzusetzen. Das erweist sich als nicht so einfach, da die hohe Nachfrage nach Einmalmasken, Einmalhandschuhen, Desinfektionsmittel und Plexiglasscheiben zu langen Lieferzeiten führen. Wie sich herausstellt, werden die Telefonsprechstunden sehr gut angenommen. Das Online-Angebot stößt dagegen auf weniger Anklang.



Am **09. April 2020** kommt es in **Bad Salzuflen** (Kreis Lippe) einen allem Anschein nach zu einem **rassistisch motivierten Brandanschlag**. Ziel des Anschlags ist wohl das Sophienhaus, in welchem besonders gefährdete Menschen untergebracht werden sollen, um sie vor einer Coronainfektion zu schützen. Die Flüchtlingshilfe Lippe e.V. verurteilt den Brandanschlag und fordert eine Schließung aller Sammelunterkünfte für Geflüchtete, um einer unkontrollierten Verbreitung des Covid-19-Virus in Sammelunterkünften vorzubeugen. „Während bundesweit Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote und Social-Distancing angeordnet sind, müssen Geflüchtete zu Hunderten in großen Sammelunterkünften leben. In Mehrbettzimmer mit fremden Personen gibt es keine Möglichkeit die gebotene Distanz zu wahren. Zudem müssen in Geflüchtetenunterkünften gemeinschaftliche Bäder, Toiletten und Küchen genutzt werden. Geflüchtete Menschen mit Vorerkrankungen sind dadurch einer lebensbedrohlichen (Ansteckungs-)Gefahr ausgesetzt, der sie sich nicht entziehen können.“ (Zitat aus einer Erklärung vom 28.04.2020: Nach rassistischen

Brandanschlag: Sammelunterkünfte schließen!)
Nachzulesen in **diesem Newsletter**.

Alles Neue bringt der **Mai** - leider nicht immer Schönes. Denn auch in OWL bildet sich ein Ableger der selbsternannten **Querdenkerbewegung** aus Stuttgart und ruft zu Anti-Corona-Demos auf. Die Leugnung oder Verharmlosung der Covid-19-Pandemie mit Bezug auf Verschwörungstheorien wird hier propagiert. Verschwörungstheoretiker:innen gehen davon aus, dass sich eine Gruppe gegen eine andere Gruppe verschworen hat, um ihr zu schaden. Das hatten wir übrigens schon einmal während des NS in diesem Land. Das Gleichsetzen einer Maskenpflicht mit dem Massenmord der Shoah, relativiert und verharmlost die systematische Verfolgung und millionenfache Ermordung jüdischer Menschen in Europa. Niemand wird in diesem Land systematisch verfolgt oder gar ermordet, wenn sie:er keinen vorgeschriebenen Mund-Nasen-Schutz trägt!!!

Die Maßnahmen der Regierung, wie das Einschränken der Bewegungsfreiheit sollen und müssen kritisch hinterfragt werden. Allerdings spricht es mal wieder für sich selbst, dass der sog. „Normalbürger“ immer dann von Freiheitsentzug und Ausschaltung der Grundrechte spricht, wenn er seine eigenen Privilegien gefährdet sieht. Wo sind denn all die Empörten, wenn es um die Bewegungsfreiheit geflüchteter Menschen geht, die sich ebenso auf das Grundgesetz und die UN-Menschenrechtscharta beziehen lassen? Wie kann es sein, dass die Querdenkerbewegung gemeinsame Sachen mit aktiven Nazis und Reichsbürger:innen macht und sich eben leider nicht distanziert?



Wenn Sprecher:innen der Bewegung darauf angesprochen werden, wird beständig verharmlost und von Einzelfällen gesprochen. Nur allzu gerne wird sich als Opfer inszeniert und beschwert, dass es jetzt wieder heiße, dass die ganze Querdenkerbewegung Nazis seien. Diese Verkehrung von Tatsachen in

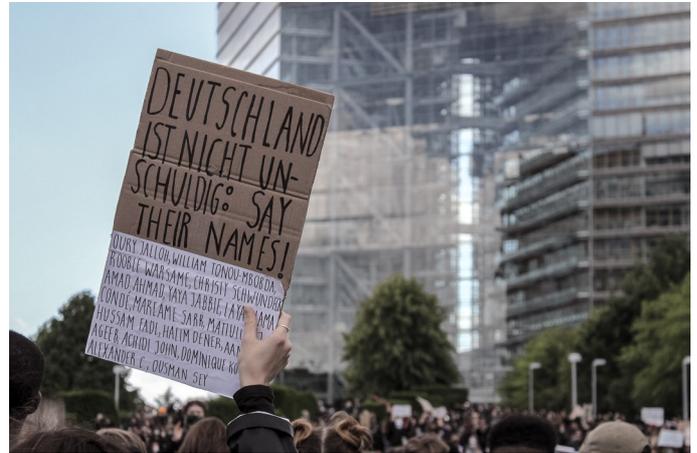
Verbindung mit einem Opferstatus, der sich zusammengeknüpft wird, macht uns wütend. Und wer sich ernsthaft darüber aufregt in bestimmten Situationen einen Mund-Nasen-Schutz tragen zu müssen und sich dadurch in seiner: ihrer Freiheit eingeschränkt fühlt, sollte sich mal in Ruhe hinsetzen und darüber nachdenken, wie viele Handlungen sie: er tagtäglich vollzieht, auf die sich gesellschaftlich geeinigt wurden oder die als sinnvoll erachtet werden, aber bei genauerer Betrachtung einen in ihrer: seiner persönlichen Freiheit einschränken (z. B. bei Rot nicht über die Ampel fahren, auch wenn weit und breit kein anderes Fahrzeug zu sehen ist).

Am 25. Mai 2020 wird **George Floyd** von weißen Polizisten in Minneapolis/ USA ermordet. Daraufhin gibt es unzählige Demonstrationen und Protestaktionen, die die rassistische Polizeigewalt in den USA thematisieren.



Vierorts werden die Aktionen und Proteste von der **Black Lives Matter**-Bewegung initiiert und angeführt. Auch in Deutschland ist das Thema in den Medien vertreten. Dabei ist auffällig wie das Thema verhandelt wird. Ein Großteil der Berichterstattung bezieht sich ausschließlich auf die rassistische Polizeigewalt in den USA. Leider wird mehrfach versäumt, dass Thema auf den Europäischen Raum und Deutschland zu übertragen und zu beleuchten und nicht so zu tun, als ob Racial Profiling nur ein Problem der USA wären. Auch in Deutschland gibt es genug Fälle von Racial Profiling, dem Kontrollieren von Menschen, die als nicht Deutsch gesehen und alleine aufgrund ihrer Physiognomie von der Polizei kontrolliert werden. Manchmal führt das sogar zum Tod von Menschen, die sich nach einer Kontrolle in der Obhut der Polizei befinden. Einer der bekanntesten Fälle ist der von **Oury Jalloh**, der am 07.01.2005 in

einer Gewahrsamszelle im Keller des Dienstgebäudes des Polizeireviere Dessau-Roßlau verbrannte. Ein Brandgutachten bestätigte, dass sich Oury Jalloh nicht selbst angezündet haben konnte, was die Polizei bis dato dem Gericht glauben machen wollte. Bis zum heutigen Tag sind die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen worden.



Unter <https://initiativeouryjalloh.wordpress.com/> finden Sie fundierte Informationen über den Fall Oury Jalloh.

Der Frage nach den eigenen Rassismen, die in uns stecken und die wir gerne übersehen oder unreflektiert beiseiteschieben, wurde in unserem **Newsletter Ausgabe 11** nachgegangen.

Für unseren Verein gibt es am **28. Mai** eine sehr zweifelhafte **gerichtliche Entscheidung** gegen einen Mitarbeiter von uns. Wie bereits mehrfach berichtet (**Newsletter Ausgabe 06, 10, 12**) wurde dem Mitarbeiter zur Last gelegt im Frühjahr 2018 eine Abschiebung aus der Ausländerbehörde verhindert zu haben, indem er sich den Polizeibeamten in den Weg stellte. Das Landgericht Detmold hatte ihn im Berufungsverfahren zu 90 Tagessätzen wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt. Die Staatsanwaltschaft sah in dem Handeln den Tatbestand des „tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ (§ 144 StGB) erfüllt und ging in Revision. Am 10.12.2019 fand vor dem OLG Hamm die Revisionsverhandlung statt und bewertete den Sachverhalt, wie von der Staatsanwaltschaft gewünscht. Das Verfahren am 28.05.2020 am Landgericht Detmold sieht den Tatbestand des „tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ (§114 StGB) als gegeben und verurteilt unseren Mitarbeiter zu 120 Tagessätzen à 25,- €. Wir finden es sehr aufschlussreich, dass der Vorfall (sich in den Weg eines Polizeibeamten stellen) anfangs als „Widerstandshandlung gegen

einen Vollstreckungsbeamten“ definiert und verhandelt wurde, aber schlussendlich der Mitarbeiter wegen eines „tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ verurteilt wird. Darin sehen wir eine politische Botschaft, die das menschenverachtende System der Abschiebungen gutheißt und mit allen juristischen Mitteln versucht, jeden Akt von zivilen Ungehorsam zu kriminalisieren. Wir stehen weiterhin geschlossen hinter unserem Mitarbeiter!

Ab **Juli** gibt es einige **graviere Veränderungen** in unserem Verein. Durch das Auslaufen einer Förderung zum 30.06.2020 und die Verzögerung der Ausschreibung eines Anschlussprojektes, müssen wir das Team der hauptamtlichen Mitarbeitenden von zwölf auf fünf Personen verkleinern. Dem entsprechend fallen auch einige Beratungsorte weg, die wir zuvor kontinuierlich aufsuchen konnten. Inzwischen haben wir eine positive Antwort auf die Ausschreibung erhalten und können ab Januar 2021 wieder an mehreren Kommunen im Kreis Lippe Beratungen durchführen. Dabei wird der überwiegende Teil der ehemaligen Mitarbeitenden wieder bei uns einsteigen, was die „Übriggebliebenen“ und der Vorstand sehr begrüßen.



Anfang **September** entscheidet das OLG Hamm das **Klageerzwingungsverfahren** im Fall der **Freiheitsberaubung** einer Mitarbeiterin des Vereins für unzulässig. Wie berichtet, wurde im November 2019 eine Mitarbeiterin während eines Termins mit einem Klienten bei der Ausländerbehörde in einem Raum eingeschlossen. Daraufhin wurde durch einen Anwalt von Seiten des Vereins ein Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt. Dieser wurde von

der Staatsanwaltschaft Detmold abgelehnt (**Newsletter Ausgabe 11**).

Dahin gehend sollte ein Klageerzwingungsverfahren erwirkt werden. Diesen Antrag hielt die Generalstaatsanwaltschaft für zulässig, das OLG Hamm aber nicht. Eine interessante Tatsache ist, dass diese Entscheidung exakt derselbe Senat traf, der für das andere Verfahren im Mai gegen einen unserer Mitarbeiter entschieden hatte, dass auch unerhebliche körperliche Berührungen eines Polizeibeamten als tätlicher Angriff im Sinne des § 114 StGB zu werten sei. Auch hier zeigt sich deutlich von wo der politische Wind innerhalb der Justiz bläst. Die Signalwirkung an die Behörden ist fatal. Sie können ohne Konsequenzen ihre Befugnisse ausweiten, während alle anderen, die nicht im Sinne der Behörden handeln mit Repressionen überzogen werden. Der Verein steht geschlossen hinter der Schilderung unserer Mitarbeiterin, die übrigens tagtäglich weiter mit der Ausländerbehörde „zusammen“ arbeiten muss.

Moria brennt am 09. September. Und dieses Mal ist es anders als sonst. In Moria hat es schon häufiger gebrannt, aber dieses Mal steht das ganze Lager in Flammen. Tausende Menschen fliehen noch in der Nacht in die Hügel oder irren auf den angrenzenden Straßen umher. Den griechischen Behörden fällt nichts Besseres ein als Blockaden zu errichten, damit die Menschen nicht in Hauptstadt Mytilini auf Lesbos gelangen. Einigen wenigen gelingt es dennoch. Eine Katastrophe mit Ansage. Europa hat auf ganzer Linie versagt. Drei Wochen später werden gerade mal elf unbegleitete minderjährige Geflüchtete in NRW aufgenommen. Viele Kommunen erklären sich bereit Menschen aus Moria aufzunehmen. Doch der Bund blockiert das Vorhaben - allen voran Horst Seehofer. Wieder einmal ist die Politik entsetzt, aber dieses Entsetzten führt nicht dazu, dass die EU humanitär handeln würde. Im Gegenteil: Es soll noch mehr Geld für die Abschottungspolitik und EU-Außen-Grenzsicherung zur Verfügung gestellt werden. Neue Lager, die darauf ausgerichtet sind innerhalb weniger Wochen zu entscheiden, ob Menschen ein Recht auf Asyl zusteht oder gleich wieder abgeschoben werden, sind in Planung. Wenn sich EU-Staaten weigern, Geflüchtete nach einer Quotenregelung aufzunehmen, sollen sie stattdessen zukünftig im Gegenzug als sog. „Abschiebepaten“ fungieren: Sprich bei der Abschiebung einer entsprechenden Anzahl Geflüchteter Menschen mitwirken. Vorgeschlagen wurde dieses Modell übrigens von der aktuellen EU-Kommissionschefin Ursula von der

Leyen in Abstimmung mit Kanzlerin Merkel, die den aktuellen EU-Vorsitz innehat. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei den ganzjährigen Aktionen der **Initiative Seebrücke** bedanken. Auch in Detmold gibt es einen Ableger, der regelmäßig Präsenz auf der Straße zeigt und gegen die Abschottungspolitik der EU protestiert. So wird unermüdlich auf das Sterben von Geflüchteten im Mittelmeer aufmerksam gemacht. Nach dem Brand auf Moria gab es bundesweit Kundgebungen von der Initiative Seebrücke, die die Kampagne **#WirHabenPlatz** unterstützt.



Am 10.09.2020 gibt es eine Kundgebung mit ca. 120 Menschen vor Ort in Detmold. Dort wird u.a. eine Rede von Pfarrer Dieter Bökemeier (Vorstand im Verein) verlesen. Diese können Sie in **diesem Newsletter** nachlesen.

Zu guter Letzt möchten wir uns bei allen Menschen bedanken, die uns auch in diesem schwierigen Jahr 2020 unterstützt haben. Wir wünschen allen einen guten Start ins Jahr 2021. Hoffen wir gemeinsam auf bessere Zeiten. Es liegt an uns diese zu gestalten.

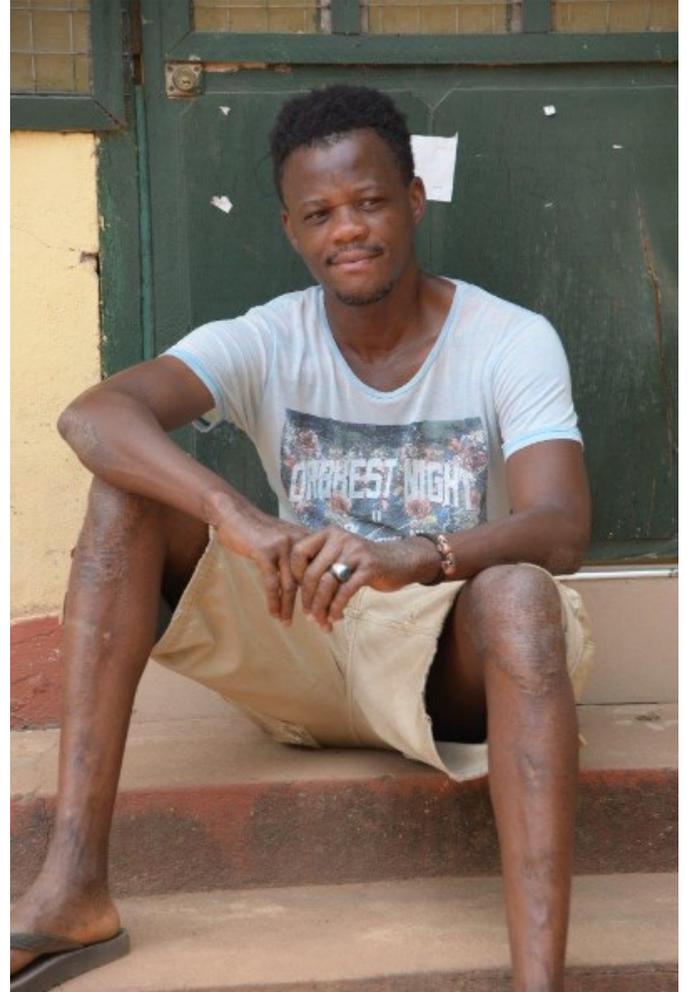
Bleiben Sie gesund!!!

Ringeln um Muntaris Rückkehr nach Deutschland

Dieter Bökemeier | Lippische Landeskirche und Flüchtlingshilfe Lippe e.V.

Nun ist es ein Jahr her. Am 21. November 2019 wurde Muntari Adam in den frühen Morgenstunden aus

seinem Zimmer in Blomberg-Cappel abgeholt. Nach 5 ½ Jahren Aufenthalt in Lippe und nachdem er buchstäblich sein halbes Leben (die letzten 17 von 34 Jahren) auf einer Odyssee durch verschiedene afrikanische und europäische Länder verbracht hatte, wurde er völlig überraschend von der Ausländerbehörde des Kreises Lippe in sein Herkunftsland Ghana abgeschoben.



In Deutschland war sein Asylantrag zwar letztlich abgelehnt worden, aber die Härtefallkommission des Landes Nordrhein-Westfalen hatte sich im Frühjahr 2019 klar für ein Bleiberecht ausgesprochen. Der Kreis Lippe folgte aber dieser Steilvorlage für ein Ende der 17-jährigen Odyssee nicht, sondern brachte Muntari Adam zwangsweise in ein Land zurück, das er im Prinzip nicht mehr kannte.

Dieser Vorgang empörte viele Menschen, über 1800 unterstützten die Forderung an den Kreis Lippe, eine unverzügliche Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Entsprechende Gespräche aber führten zunächst nicht zum Ziel.

Im Februar 2020 traf eine Delegation der Lippischen Landeskirche am Rande eines Besuchs der ghanaischen Partnerkirche Muntari in Yendi, seinem Geburtsort im Norden des Landes. Es war eine aufwühlende Begegnung, die die Entwurzelung dieses Mannes überdeutlich werden ließ, der mit 17 Jahren nach einem blutigen lokalen Konflikt von dort geflohen war.

Seitdem überweist Muntaris lippische Kirchengemeinde Cappel-Istrup regelmäßig Spendengelder, damit er in Ghana überhaupt überleben kann. Denn ohne Familie, Anknüpfungspunkte und Ausbildung ist an eine Erwerbsarbeit dort nicht zu denken. Außerdem haben die Bemühungen nicht aufgehört, Muntari Adam doch noch die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Aber auch hier hat Corona-Pandemie die weiteren Bemühungen erschwert.

Inzwischen hat Muntrari Adam endlich einen Pass erhalten, und eine Idee, wie Muntari auf legalem Wege doch noch eine Rückkehr nach Deutschland ermöglicht werden kann, nimmt konkretere Formen an.

Hierfür wird in diesem Monat eine Spendenkampagne eröffnet, die die finanzielle Basis für diesen Weg legen soll. Dafür werden allerdings mindestens mehrere tausend Euro benötigt.

Es ist bitter, dass der Kreis Lippe durch diese Abschiebung vor einem Jahr einen Menschen wieder so entwurzelt hat, und wir jetzt mit viel Mühe und hoffentlich auch finanzieller Unterstützung vieler Unterstützer*innen versuchen müssen, ihm eine Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen!

Hier ist das Spendenkonto der ev.-ref. Kirchengemeinde Cappel-Istrup:
DE61 4765 1225 0000 1346 35 | Stichwort: Heimat für Muntari

Nach rassistischen Brandanschlag: Sammelunterkünfte schließen!

[Erklärung Flüchtlingshilfe Lippe e.V. | 28.04.2020](#)

Am Gründonnerstag gab es in Bad Salzuflen einen allem Anschein nach rassistisch motivierten Brandanschlag.

Ziel des Anschlags war wohl das Sophienhaus, in welchem besonders gefährdete Menschen untergebracht werden sollen um sie vor einer Coronainfektion zu schützen.

Auch wenn versucht wurde das angrenzende Nachbargebäude in Brand zu setzen, ist durch die angebrachte rassistische Parole eindeutig erkennbar was das Ziel sein sollte: die Vereitlung der Unterbringung gefährdeter Geflüchteter im Sophienhaus.



Während bundesweit Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsverbote und Social-Distancing angeordnet sind, müssen Geflüchtete zu Hunderten in großen Sammelunterkünften leben. In Mehrbettzimmer mit fremden Personen gibt es keine Möglichkeit die gebotene Distanz zu wahren. Zudem müssen in Geflüchtetenunterkünften gemeinschaftliche Bäder, Toiletten und Küchen genutzt werden. Geflüchtete Menschen mit Vorerkrankungen sind dadurch einer lebensbedrohlichen (Ansteckungs-) Gefahr ausgesetzt, der sie sich nicht entziehen können.

Als eine Maßnahme zum Schutz dieser Menschen plant die Bezirksregierung Detmold die Unterbringung von bis zu 200 besonders gefährdeter Personen im Sophienhaus.

Wie derzeit in allen Bereichen des Lebens musste auch hier eine kurzfristige Entscheidung getroffen werden um handlungsfähig gegen die Pandemie zu bleiben. Allerdings stellt sich die Stadt Bad Salzuflen vehement gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Sophienhaus und schiebt dabei kommunales Bauordnungsrecht vor.

Die Coronapandemie führt überall zu starken Einschränkungen bis hin zur Aufhebung fundamentaler Grundrechte, wie das Recht auf Versammlungsfreiheit, das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands und der EU, das Recht auf Mobilität etc. – das alles,

um einer Verbreitung der Krankheit vorzubeugen und die bei Ansteckung besonders gefährdeten Menschen in der Gesellschaft zu schützen. Auch Geflüchtete sind Teil dieser Gesellschaft und es sollten gerade auch hier die für den Virus besonders vulnerablen Personen so gut wie möglich geschützt werden. Ein Festhalten an kommunalem Bauordnungsrecht vor dem Hintergrund viel stärker eingreifender gesetzlicher Eingriffe bundesweit wirkt hier ziemlich entlarvend.

Welches Signal sendet das Verhalten der Stadt Bad Salzuflen an Rassist*innen, wie beispielsweise diejenigen, die diesen Brandanschlag verübten? Darüber lässt sich natürlich nur spekulieren. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, dass bei den Täter*innen der Gedanke aufkam, man kämpfe ja an der Seite der Stadt und es sei vielleicht an der Zeit und auch gerechtfertigt, dass man ihr in ihrem „verzweifelt“ Kampf gegen den Goliath Bezirksregierung mit militanten Mitteln "unter die Arme greift".

Unsere Empörung bezieht sich jedoch nicht nur auf das entlarvende Vorschieben des kommunalen Baurechts und den rassistischen Brandanschlag – wir, die Flüchtlingshilfe Lippe e.V., sind grundsätzlich nicht damit einverstanden, dass Menschen (ob besonders vulnerabel oder nicht) in unserer Gesellschaft in Sammelunterkünften eingepfercht werden. Spätestens aber jetzt in der Corona-Krise müssen die großen Landesunterkünfte durch Verteilung auf die Kommunen sofort geleert werden. Auch wenn es die Hamburger Sozialsenatorin als „für Virologen interessant“ bezeichnet, ist es nicht hinnehmbar, dass Geflüchteten der Zugang zum Infektionsschutz verwehrt wird und sich Sammelunterkünfte zu Freiluftexperimenten wandeln, in denen abgewartet wird, bis die Krankheit ausbricht um dann mehrere Hundert Menschen in beengten Verhältnissen unter Quarantäne zu stellen.

Ehrenamt bei der Flüchtlingshilfe Lippe e.V.

Benjamin Liersch | Ehemaliger Mitarbeiter

Zwei Jahre lang habe ich hauptamtlich im Team der Flüchtlingshilfe Lippe e.V. (FHL) gearbeitet. Diese Zeit war geprägt von vielen Eindrücken und Erlebnissen. Neben den geflüchteten Klient:innen und auch deren ehrenamtlichen Unterstützer:innen, hat das Team der FHL einen bleibenden Eindruck auf mich gemacht. Was hier Tag für Tag unter oft widri-

gen Umständen geleistet wird, verdient großen Respekt. Hier haben sich Menschen zusammengefunden für die "Solidarität" kein Lippenbekenntnis ist, sondern aktiv gelebt wird.



Auch dieses Jahr stellte sich die FHL großen Herausforderungen. Zum Einen mussten aufgrund finanzieller Engpässe leider viele Berater:innen (darunter ich) entlassen werden, zum Anderen musste die Beratungsarbeit aufgrund der Corona-Pandemie unter erschwerten Bedingungen fortgeführt werden.

Da ich meine geschätzten Teamkolleg:innen bei ihrer wertvollen und engagierten Arbeit weiter unterstützen wollte, arbeite ich seit Juli nun ehrenamtlich für die Beratungsstelle. Es würde mich freuen, wenn auch Sie mit Ihrer Spende einen Beitrag dafür leisten, dass die FHL sich weiterhin für die Rechte von Geflüchteten einsetzen kann.

Rede auf der Demo zum Brand im Lager Moria

Dieter Bökemeier, Pfarrer für Flucht und Migration der Lippischen Landeskirche | 10.09.2020

Das größte Flüchtlingslager auf EU-Gebiet, das Lager Moria auf Lesbos, brannte in der Nacht zum Mittwoch größtenteils ab. Auch letzte Nacht gab es noch vereinzelte Feuer in noch nicht zerstörten Teilen des Lagers.

Gott sei Dank ist dem Vernehmen nach niemand umgekommen oder schwer verletzt, aber ich zweifle, dass jemand exakt weiß, wie viele Menschen dort wirklich lebten. Es sollen etwa 12.700 Bewohner*innen in einem Lager für 2800 Personen gewesen sein. Die allermeisten von ihnen – darunter

über 4.000 Kinder – sind jetzt obdachlos und ohne jegliche Versorgung komplett auf sich allein gestellt. Wobei es vorher auch keine menschenwürdige Unterkunft war. Das muss man festhalten. Trotzdem: Jetzt haben viele Menschen auch den letzten Rest dessen, was auf die Flucht mitgenommen hatten, verloren: Papiere, Fotos, Kleidung



Viele weisen darauf hin: Es war eine Katastrophe mit Ansage: Ganz unabhängig davon, wer die Feuer gelegt hat: Die Unterbringung war schlicht und ergreifend menschenrechtswidrig. Und als dann, als – wie schon lange erwartet – Corona und die Quarantäne für so ein Lager!!! dazu kamen, war Schluss. Und vergessen wir die anderen Lager nicht, die noch existieren. Im Mai wurden, nachdem schon 11.000 Menschen aufs Festland umgesiedelt worden waren, noch immer 38.500 Flüchtlinge auf den ägäischen Inseln festgehalten. Und dann ist da noch Lampedusa, Malta usw.

Es war ein Unglück in Moria, ja. Aber es werden jetzt so viele Krokodiltränen vergossen, dass die Wasserpegel von Spree, Rhein, Isar und Senne (Fluss durch Brüssel) bedenklich gestiegen sind. Denn die Lager sind Teil der Flüchtlingsabwehrstrategie Europas und so, wie sie sind, auch gewollt oder zumindest wissend und bewusst geduldet.

Auf den griechischen Inseln werden die Menschen z.B. festgehalten, damit man sie ggf. nach dem Türkeiideal wieder zurückschicken kann. Das wäre auf

dem Festland so nicht mehr möglich. Weitere Bestandteil der Abschreckungsstrategie sind

- die Grenzsicherungen z.B. an der Landgrenze Griechenland/Türkei,
- die Zurückweisungen von schon angekommenen Flüchtlingen (in der Ägäis dokumentiert)
- der europäische Kampf gegen die Seenotrettung,
- die Flüchtlingsabwehr auf den Routen durch die Sahara, z.B. in Mali
- die europäischen Flüchtlingslager in Libyen – ja ich nenne diese schrecklichen libyschen Camps europäische Flüchtlingslager, weil auch sie letztlich ein gewollter Teil der Gesamtstrategie sind.

Der Brand von Moria ist ein Unglück, aber auch ein Symbol für die menschenrechtswidrige Flüchtlingsabwehrpolitik Europas und auch Deutschlands.

Was ist jetzt zu tun?

Ich zitiere einfach mal die ersten Forderungen von Pro Asyl: „Wir erwarten die gleichen Maßnahmen, wie wenn sich über 10.000 europäische Touristinnen und Touristen in akuter Gefahr befänden: Temporäre Unterbringungen müssen geschaffen, die Essens- und Wasserversorgung sofort sichergestellt, medizinisches Personal muss eingeflogen werden. Nicht irgendwann, sondern sofort!

Zeitgleich ist eine Luftbrücke zu organisieren, um die Schutzsuchende möglichst schnell nach Deutschland und in andere europäische Länder auszufliegen.“



So einfach ist das, oder vielleicht nicht ganz einfach, aber so klar ist das, was jetzt getan werden muss. Und siehe da: „Endlich bewegt sich etwas“, titeln heute Nachmittag Zeitungen. Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron wollen nach den Bränden im griechischen Flüchtlingslager Moria in einer gemeinsamen Aktion mit anderen EU-Ländern 400 unbegleitete Minderjährige übernehmen.

Was soll man dazu sagen, liebe Leute? 400, in Worten vierhundert – insgesamt, nicht pro Land. Da haben wir sie amtlich, die moralische Bankrotterklärung der EU und der Bundesregierung.

Ich sage übrigens bewusst nicht Europas oder Deutschlands, denn es gibt überall viele Menschen, Kommunen, Städte, Religionsgemeinschaften, die ihren moralischen Kompass im Gegensatz zu den oben Genannten noch nicht verloren haben und die sich einsetzen für eine größere Aufnahmebereitschaft. Wie gesagt, das ist ohne Weiteres zu schaffen – wenn man es wollte.



Und so habe ich einen Traum – Pastoren sollen ja ab und zu träumen – wie weiland einer der bekanntesten, Martin Luther King vor 50 Jahren. I have a dream, ich habe den Traum,

- dass der Brand des Lagers Moria zu einem Wendepunkt wird.

- dass endlich endlich die Menschenrechte von Geflüchteten an den Außengrenzen anerkannt werden. dass die durch Corona eingemotteten Flugzeuge betankt und nach Griechenland geschickt werden.

- dass die Geflüchteten aus allen griechischen Lagern den großartigen Seebrücke-Kommunen zugeordnet werden, aber dann auch anteilig den anderen, was gar nicht so viel ist: 10.000 Gemeinden in Deutschland!! gut 1 Person pro Stadt oder Gemeinde!!!!

- dass die leer stehenden kommunalen Häuser für Geflüchtete wieder Leben sehen.

- aber auch, dass unsere Unterstützer*innenkreise wieder aktiv werden.

Liebe Frau Merkel, lieber Herr Seehofer: Das würden wir schaffen, und wenn es sein muss auch im Alleingang ohne andere europäische Länder.

Ich weiß, ich bin ein Träumer. So wird es wohl nicht kommen. Aber ich wollte zeigen, dass es möglich wäre, wenn man wollte. Und wenn es nicht geschieht, dann beruht dies auf einer bewussten Entscheidung gegen die Menschen, die in Griechenland und anderswo in den Lagern hausen.

Vielen Dank

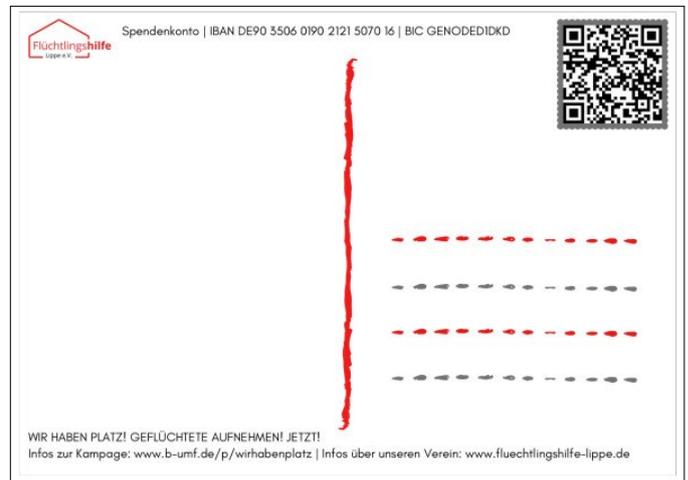
Postkarte designt Weihnachtsbaum als Motiv

Dieser Newsletter ist in der Tat sehr lang geworden. Das überrascht uns ebenfalls ein wenig. Als wir uns vor einigen Wochen bei unserer wöchentlichen Teamsitzung via Videokonferenz überlegten Ende dieses Jahres noch einen Newsletter zu veröffentlichen, war uns selbst nicht präsent, dass wir so viele Inhalte zusammentragen würden: Wir hoffen, dass wir mit unserer Auswahl nicht falsch lagen und Sie einen interessanten Newsletter in den Händen halten.

An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass auch dieses Jahr wieder eine Weihnachtspostkarte designt wurde. Das Motiv ist auf der Titelseite abgedruckt. Die Rückseite der Postkarte sehen Sie im Anschluss. Da wir aufgrund der Covid-19-Pandemie leider nicht offensiv die Postkarte an Interessierte

verteilen können, besteht die Möglichkeit, dass wir Ihnen postalisch Karten zusenden – gerne gegen eine kleine Spende. Schreiben Sie einfach eine Mail an info@fluechtlingshilfe-lippe.de und nennen die Anzahl der gewünschten Karten. Vergessen Sie bitte nicht eine Postadresse anzugeben.

Abschließend wollen wir die Gelegenheit nutzen wiederholt auf unsere Social-Media-Kanäle (twitter: https://twitter.com/FHL_Lippe | facebook: https://de-de.facebook.com/Fluechtlingshilfe.Lippe/?ref=page_internal) aufmerksam zu machen. Wir berichten dort über aktuelle Themen in Bezug auf Asyl und Flucht. Unsere vornehmliche Aufmerksamkeit richten wir auf die Region OWL, insbesondere auf den Kreis Lippe.



- Postkartendesign Ansicht hinten -

Aufruf Seebrücke Detmold

Forderungen der Demonstration vom 26.06.2020

2 Jahre Seebrücke Detmold
Wir bleiben laut!

Gegen Europastödtliche Abschottungspolitik!

Demonstration

Freitag, 26.06.2020 um 17h
Marktplatz Detmold



Für eine humanitäre Aufnahme und die
Auflösung ALLER Lager, hier, in Griechenland
und anderswo!

**Menschenrechte und Solidarität auch in Zeiten
von Corona!**
Gegen Rassismus, hier und überall!

Kommt alle! Bitte tragt Masken und haltet euch an die Abstandsregeln! V.i.S.d.P.: Seebrücke Detmold,
Kontakt: detmold@seebruecke.org

Seit 2 Jahren protestiert die lokale Seebrücke-Bewegung in Detmold wöchentlich mit einem Flashmob in der Innenstadt für eine menschenwürdige Aufnahme Geflüchteter.

Jede Woche senden wir ein Zeichen der Solidarität an alle Menschen auf der Flucht, jene, die sie dabei unterstützen und die sich dafür einsetzen, dass Migration ein Menschenrecht und Seenotrettung eine Pflicht ist.

Auch wenn die Seebrücke-Bewegung deutschlandweit gewachsen ist und ihre Solidarität unüberseh- und hörbar geworden ist, hat sich in den letzten 2 Jahren die Situation an den europäischen Grenzen weiter verschärft:

- Seenotretter*innen werden mit Gefängnisstrafen bedroht, von libyschen Milizen beschossen oder an die Kette gelegt. Die europäischen Außengrenzen sind, auf Kosten tausender Menschenleben, geschlossener als je zuvor – eine reale „Seebrücke“ ist nicht in Sicht.
- Über 150 Kommunen sind als „Sicherer Hafen“ bereit, mehr Geflüchtete aufzunehmen, aber die Regierung redet weiter von einer europäischen Lösung. Dies wird als Ausrede genutzt, um sich nicht verantwortlich zu machen für die Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen.
- Die Situation in den europäischen Lagern in Griechenland hat sich, auch durch Corona, dramatisch zugespitzt. Obwohl man in der Bundesregierung darum weiß, will man symbolisch nicht mehr als ein paar Kinder aus den Elendslagern evakuieren. SPD und Union glauben offenbar, das würde die „humanitäre Fassade“ aufrechterhalten.

Da die Bundesregierung an dieser Politik festhält und unmittelbar keine Lösungen verfolgen wird, die sich an humanitären Standards orientieren, ist es nun umso wichtiger, auf lokaler Ebene zu handeln!

Wir wollen eine europäische Politik, die Menschenrechte verteidigt und nicht bricht, wir wollen ein Europa, das Menschen willkommen heißt und nicht an der Grenze auf sie schießt!

Wir fordern von der Bundesregierung, von der EU-Kommission und allen Beteiligten, die handeln können, jetzt aktiv zu werden! Die Zeit drängt! Kommt mit uns auf die Straße und fordert mit uns eine humanitäre Flüchtlingspolitik und die Evakuierung aller Flüchtlings-Lager!

Gerade in Zeiten der weltweiten Pandemie bleibt dieses Anliegen zentral: Menschen in den griechischen und libyschen Lagern können weder Abstand halten noch regelmäßig die Hände waschen. Es fehlt nicht nur an medizinischer Versorgung – es fehlt an allem. Die Menschen dort sind der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Daher gilt: Wir bleiben laut und sichtbar, bis alle Lager evakuiert sind.

Seebruecke.org